

---

## Buchbesprechungen

Evelyn Huber/Frank Safford (Hrsg.), *Agrarian Structure and Political Power: Landlord and Peasants in the Making of Latin America*, University of Pittsburgh Press, Pittsburgh 1995, 242 S.

Auch ein Buch, dessen Hypothese am Ende von allen Autoren mehr oder weniger in Zweifel gezogen wird, kann ein gutes Buch sein. Der vorliegende Sammelband ist ein solches.

Allerdings, so muß vorausgeschickt werden, waren die Hrsg. schon beim Formulieren der Hypothese vorsichtig: Wie viele ihrer Kollegen fasziniert von Barrington Moores jr. Standardwerk „Social Origins of Dictatorship and Democracy“, postulieren sie die grundsätzliche Anwendbarkeit von Moores makrohistorischem Ansatz auch auf Lateinamerika, jedoch zunächst auf einem eher „intuitiven Niveau“ (S. 3), und dann ohne sein Modell in dieser Region tatsächlich testen zu wollen (S. 9). Immerhin gehörten zu den von Moore untersuchten sechs (bzw. acht) Fällen keine lateinamerikanischen, wohl aber mit Indien und China auch Nichtmarktgesellschaften. War – wie Safford bemerkt – Barrington Moore nun, wenn er Lateinamerika in seinen Vergleich nicht einbezog, „wise not to do so“ (S. 111)?

Huber und Safford beabsichtigen keineswegs eine „Lateinamerika-Fortsetzung“ des Moore'schen Werkes. Von Barrington Moore übernehmen sie zu Recht neben der makrosoziologischen / makrohistorischen Methode auch die These eines Zusammenhanges zwischen Agrarstruktur und Demokratiechancen. Der Untertitel des hier zu rezensierenden Buches korrespondiert deshalb nicht von ungefähr augenfällig mit dem von Moores Meisterwerk „Landlord and Peasant in the Making of the Modern World“. Warum Huber/ Safford nun ihrerseits auf das Attribut *modern* verzichten, erklären sie nicht. Doch ist dieser Verzicht wohl kein Zufall und – wie

sich am Ende herausstellt – sogar durchaus programmatisch zu verstehen, was (vielleicht nur) den politologisch / transitionstheoretisch interessierten Leser ein wenig enttäuscht. Gleichwohl sind die Hrsg. eingebunden in jenes modernisierungstheoretische Paradigma, das endogene Entwicklung und daher auch Demokratisierung für möglich hält.

Es steht völlig außer Zweifel, daß in Lateinamerika die Gründe für die Schwäche der demokratischen Kräfte auch und vor allem in der agrarstrukturellen Entwicklung zu suchen sind. Diesen von den „klassischen“ Transitionsliteratur indes völlig vernachlässigten Zusammenhang überhaupt zu thematisieren, schon allein darin besteht das große Verdienst der Autoren dieses Sammelbandes. Sozialstrukturelle Legate im Sinne einer *longue durée* aufzuspüren, d. h. ohne die entsprechenden Defizite auf die Schnelle „demokratietechnologisch“, „managen“ zu wollen, aber auch ohne ein „plattes“ Ausgeliefertsein gegenüber ökonomischer Rückständigkeit, iberischen Traditionen oder anderen „kulturalistisch“ bestimmten Determinanten zu beklagen, gehört nicht zu den Tugenden der „klassischen“ Transitionsforschung. Die Hrsg. dieses Buches selbst waren jedoch stets Vorreiter dieser fruchtbaren Perspektive und haben sich auch schon in ihren früheren komparativen Makroanalysen dem strukturfunktionalistischen und behaviouristischen *mainstream* der Transitionsforschung gekonnt entgegengestellt.

Die Autoren – neben den Hrsg. vor allem Halperin Donghi, Gudmundson, Stephens und Bauer – gehören zur *crème de la crème* der Lateinamerikanistik. Unter ihnen sind Politologen und Historiker, und ihre Fallstudien sind allesamt exzellent. Es verwundert indes nicht, daß genau zwischen diesen beiden sozialwissenschaftlichen Disziplinen auch die Trennlinie zwischen Optimismus und Skeptizismus hin-

sichtlich der Anwendbarkeit der Moore'schen Thesen auf Lateinamerika verläuft. Den Optimisten ist zugute zu halten, daß großer Agrarbesitz und verschiedene Formen der nichtmarktwirtschaftlich-repressiven Arbeitskräftebindung an die *lords* tatsächlich über Jahrhunderte symptomatisch für Lateinamerika waren und sind. Doch *Bauer* bezeichnet die chilenischen *inquilinos* als (schuldknechtschafts-) frei und *Halperin Donghi* findet in den argentinischen Pampas zwar *lords*, aber keine Bauern; *Safford* konstatiert eine Kluft zwischen Staat und Oligarchie, die institutionell-repressive „Hilfeleistung“ bei der Durchsetzung von Hörigkeit unmöglich macht, ganz abgesehen davon, daß Antioquias Farmerwirtschaft ohnedies „a reciprocal of the Moore thesis“ (S. 139) darstellt. Für Kostarika ist Ähnliches seit jeher und in Gänze unbestritten, und selbst im oligarchischen „Mnsterfall“ El Salvador vermag *Gudmundsan* das Junker-Modell am Ende nur als „would be Junker“ vorzufinden. Also ist schon bei der Fallanalyse Skepsis angebracht. Zudem hat keines der lateinamerikanischen Länder (mit der bedingten Ausnahme Kostarika) einen „nur-demokratischen“ oder „nur-autoritären“ Entwicklungspfad hinter sich, der auch noch aus agrarstrukturellen Konstellationen linear abzuleiten wäre. Aus den landesspezifischen Variationen der Agrarstruktur – es wurden bewußt Kontrastfälle ausgewählt – eine Pfadabhängigkeit abzuleiten, gelingt den Autoren nicht. Aber das ist bei Moores Fällen – denkt man an Deutschland oder Japan – ja nicht anders. Die Autoren selbst haben auf die nur bedingte Kompatibilität der Moore'schen und der lateinamerikanischen Fallbeispiele verwiesen (S. 17f., 183ff.).

Was jedoch völlig ignoriert wird, ist die Tatsache, daß Moore die Pfadabhängigkeit nicht nur in den Kontext mit der Agrarstruktur stellt, sondern vor allem zum Weg bzw. Charakter von *Revolutionen* (bourgeoise Revolution, „Revolution von oben“, Bauernrevolution) in Bezug setzt. Daraus ergibt sich für *Huber / Saffords* Band das Problem, daß ein wichtiges bzw. das bei Barrington Moore entscheidende Explanans für Demokratisierungschancen ausgelassen wird, und das, obwohl Latein-

amerika bekanntlich auch dafür genügend Fallbeispiele aufweist. Mit der bedingten Ausnahme Mexikos (*Morelos*) fehlen in dieser Publikation gerade die „revolutionären“ Fälle unter den *case studies*.

Es gibt in der neueren sozialwissenschaftlichen Lateinamerika-Literatur wenig stringente und kohärente Vergleiche oder *case studies*, die einem Vergleichsraster strikt folgen. Die Hrsg. dieses Sammelbandes haben sich bemüht, ein solches komparatives Raster vorzugeben und dann, ihm gehorchend, vergleichend zu resümieren. Auch deshalb besitzt dieses Buch eine verdienstvolle Ausnahmestellung. Die Autoren der Einzelbeiträge folgen dem Raster jedoch in unterschiedlichem Maße, mehr (*Safford*) oder weniger (*Bauer*). Zuweilen (*Mallon, Bauer*) hat man auch den Eindruck, daß laufende Forschungen oder thematische „Steckenpferde“ im nachhinein auf die Fragestellung „zurechtgestutzt“ wurden. Eine Kohärenz und kontrollierbare Vergleichbarkeit der Fälle scheint nicht angestrebt worden zu sein: Länderstudien (Chile, Kolumbien, Argentinien), supranationale (Zentralamerika) und intranationale Regionenvergleiche (*Morelos* und *Cajamarca*) stehen – wegen der ungleichen spatialen Dimension, die für den Vergleich auch nicht operationalisiert wird – recht unvermittelt nebeneinander. Warum im Schlußteil noch ein globaler „Rundumschlag“ angefügt wird, bleibt methodologisch unerfindlich. Eine Vereinbarung über die empirisch aufzuarbeitende „historische Zeit“ (1880–1930) wird nicht immer eingehalten, und eine Verständigung über die grundlegenden Kategorien (Bourgeoisie, Bauern, Schuldknechtschaft usw.) scheint es im Vorfeld nicht gegeben zu haben. Die Hrsg. selbst fühlen sich dem Ansatz von Barrington Moore zwar weitgehend, aber doch nicht uneingeschränkt verpflichtet. Von *Huber* und *Stephens* beispielsweise weiß man, daß ihnen Theda Skocpol's Diskurs, der dem Staat eine autonomere Rolle zugesticht, näher steht als Moore, der von Weber weiter entfernt ist als seine Kollegin. Das Plädoyer dieser Anthologie für eine stärkere „Verselbständigung“ des Staates ist durchaus einzusehen, denn die Mehrzahl der Autoren bemerkt für Lateinamerika eine auffallen-

de Nichtidentität zwischen ökonomischer und politischer Elite.

„Agrarian Structure and Political Power: Landlord and Peasants in the Making of Latin America“ besitzt gegenüber seinem „klassischen“ Vorbild einen wesentlichen Nachteil: Die Autoren – wie *Halperin Donghi* schreibt – „don't know the outcome“ (S. 178). Dieses Bekenntnis ist äußerst sympathisch, weil es sich (wie das gesamte Buch auch) wohlthuend unterscheidet von den „euphemistisch-teleologischen“ Transitionsschriften, die in Lateinamerika (außer Kuba, seltener Mexiko) nur noch Vollzug und Konsolidierung von Transitionen setzen und Retardierungen zumeist ignorieren. Der Sammelband dokumentiert also auf spezifische Weise, daß die Demokratisierungsforschung dem „ex-post-Problem“ ausgesetzt ist, theoretische Modelle nur aus „fertigen“, „geronnenen“ Prozessen ableiten zu können. Genau an diesem Punkt ist aber vielleicht auch das größte Manko des Buches festzustellen: Unterlegt wird – zumindest von *Huber* in der Einleitung und (etwas abgeschwächt) im Schlußteil – eine formale Demokratie-Definition, doch eine Studie von Modernisierungspfaden, die von einer historisch-strukturellen Agraranalyse ausgeht, verlangt unweigerlich nach einer substantielleren Auffassung von Demokratie. Den Bezug zu den modernen Transitionen und deren Defiziten kann das Buch (auch deshalb) nicht herstellen. Das „Auslassen“ des Attributs *modern* im Untertitel mag dies einerseits anzeigen, doch andererseits wird der theoretische Anspruch von den Hrsg. bis in die Gegenwart gezogen.

Für den Politologen und „Transitionologen“ bleiben entscheidende Fragen offen, die vor allem die Zyklichkeit und Prozessualität der Transitionen im 20. Jh. betreffen: Die historische Dimension der heutigen Transitionswelle abzustecken, hätte vor allem mit einer Entscheidung über den historischen Aufstieg oder Fall der *lords* zu tun, die im Zentrum des Buchinhalts stehen. In diesem Kontext erweist sich der Vergleich mit dem gesellschaftlichen Kontext der „Großen Depression“ der dreißiger Jahre, der zentralen Zäsur des Buches, als besonders relevant. Nahm die heutige Transitionswelle in ei-

nem Teil Lateinamerikas nicht als ein historischer Zyklus schon mit den Umbrüchen dieser Zeit ihren Anfang? Verlieren die vielbeschworenen Ausnahmen Kosta-rika, Venezuela und Kolumbien damit ihre Sonderstellung, weil sich dort formal-demokratische Strukturen schon im Kontext mit dieser Zäsur herauszubilden begannen und so in denselben Zyklus eingebunden wären? Wie ist zu erklären, daß in Zentralamerika (El Salvador, Guatemala) Transitionen begannen, ohne daß die *per se* „antidemokratischen“ *Lords* tatsächlich ökonomisch und politisch von der historischen „Bühne“ abtraten, statt dessen Automodernisierung mit politischem Aufstieg und (zumindest vorläufig) Demokratiefähigkeit zu verbinden wußten?

All diese Fragen beweisen am Ende nur eines: Das Buch genügt nicht nur empirisch höchsten Ansprüchen, es ist auch theoretisch so anregend, daß der Leser auf die Fortsetzung (und darunter die Pointe) wartet. Mitchell A. *Seligson* meinte völlig zu Recht: „This is a book that has been waiting to be written for some time.“ Nur warten wir auf ein neues, denn die – an *Barrington Moore jr.* geschulte – historisch-strukturelle Analyse und die „Transitionologie“ harren noch ihrer Liaison.

Heidrun Zinecker

**Gert Oostindie (Hrsg.), Fifty Years Later. Antislavery, Capitalism and Modernity in the Dutch Orbit, KITLV Press, Leiden 1995, 272 S.**

1944 veröffentlichte Eric Williams seine klassische Arbeit „Capitalism and Slavery“.<sup>1</sup> Williams entwickelte in diesem Buch eine kausale Relation zwischen Kapitalismus und Antisklaverei. Fünfzig Jahre nach der Veröffentlichung dieses Buches will der vorliegende Essayband unter dem Titel „Fifty Years Later“ die Sklaverei und ihre späte Abolition im Falle der niederländischen Kolonien (1863) als Beweis gegen den von Williams thematisierten theoretischen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Antisklaverei analysieren.